Morgen-Ausgabe. Nr. 520 Mittwoch, 4. November 1936

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.90 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen und Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Staatssekretär Schmidt kommt nach Berlin

Gedankenaustausch über das Verhältnis Berlin-Wien

Wien, 3. November.

Vor der „Union der auswärtigen Pressevertreter" sprach am Dienstag der österreichische Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Guido Schmidt, über das gegenseitige Verhältnis zwischen Berlin und Wien seit dem 11. Juli sowie über die Grundzüge der österreichischen Haltung hinsichtlich der bevorstehenden Dreierbesprechungen in Wien. Gleichzeitig teilte er mit, daß er auf Anregung des Außenministers Freiherrn von Neurath in der zweiten Novemberhälfte nach Berlin reisen werde.

Wohltuende Entspannung Berlin-Wien

Grundsätzlich, so erklärte Dr. Schmidt, sei festzustellen, daß die in die neuen Vereinbarungen vom 11. Juli gesetzten Hoffnungen sich erfüllt hätten. Eine allgemeine Entspannung sei sichtlich festzustellen. Somit sei das Hauptziel des Abkommens, die Zeit einer betrübten dreijährigen Vergangenheit zu beenden, im allgemeinen erreicht. Auch die Presse bemühe sich offensichtlich, dem neuen Entwicklungsabschnitt zwischen Berlin und Wien Rechnung zu tragen, von einzelnen gelegentlichen Entgleisungen abgesehen.

Durch eine befriedigende Regelung der Frage der Führung der Hoheitszeichen, die besonders im Reiseverkehr eine einschneidende Rolle gespielt habe, sei es gelungen, diesen Verkehr von Land zu Land günstig zu beeinflussen, der leider noch durch die valutarischen Schwierigkeiten gehemmt werde. Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang gewisse Zwischenfälle, die sich beim Besuch reichsdeutscher Gäste abgespielt hätten, die aber nicht Schuld dieser Besucher seien, sondern auf das Konto jener Kreise zurückzuführen seien, die den Sinn des Abkommens noch immer verkennen würden.

Dann ging Dr. Schmidt auf die Mailänder Rede Mussolinis ein, die Oesterreichs Unabhängigkeit dogmatisch unterstrichen habe. Das verständnisvolle Entgegenkommen Italiens auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht bezeichnet der Vortragende als Aktivum für Oesterreich.

Wien hält am Völkerbund fest

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Staatssekretär zunächst auf die allgemeine politische Lage in Europa ein, die einerseits durch die Krise Genfs infolge der verfahrenen Politik des Völkerbundes und anderseits durch die ständig zunehmende Erschütterung des Kollektivgedankens gekennzeichnet sei, wobei Dr. Schmidt auf Belgien hinwies. Oesterreich bekenne sich dennoch, wie er bei der letzten Völkerbundstagung ausgeführt habe, nach wie vor zum Gedanken des Völkerbundes, allerdings unter der Voraussetzung einer grundlegenden Reform, bei der es mitzuarbeiten jederzeit bereit sei. Dabei halte Oesterreich an der Forderung der Loslösung des Friedensvertrages von der Genfer Institution grundsätzlich fest. Außerdem vertrete die österreichische Regierung die Ansicht, daß der Völkerbund sich nicht mit Fragen beschäftigen sollte, die leichter in unmittelbarem Gedankenaustausch bereinigt werden könnten. Die Reise des italienischen Außenministers Ciano nach Deutschland könne in diesem Zusammenhang als bedeutsamer Fortschritt bezeichnet werden.

Was die kommenden Besprechungen der Staaten der Römischen Protokolle betreffe, so hätten diese in erster Linie den Sinn, die Uebereinstimmung in grundsätzlichen Fragen sinnfällig der Welt vor Augen zu führen. Außerdem werde die erneute Aussprache Gelegenheit bieten, die verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Fragen einer gründlichen Klärung zu unterziehen. Auf eine Zwischenfrage, ob Oesterreich beabsichtige, sich zum Mittler der ungarischen Revisionswünsche zu machen, erklärte Staatssekretär Schmidt, daß letzten Endes diese Frage Budapest allein angehe, daß aber begreiflicherweise in Oesterreich größte Sympathie für solche Wünsche des befreundeten Nachbarvolkes, mit dem man jahrzehntelang unter einem Dach gewohnt habe, beständen.

Dresdner Gastspiel in London weiter erfolgreich

Auch der zweite Abend des Gastspiels der Staatsoper Dresden in der Covent-Garden-Oper gestaltete sich zu einem durchschlagenden Erfolg. Trotz der Inanspruchnahme der Londoner Oeffentlichkeit durch die am gleichen Tage stattfindende Parlamentseröffnung stand die „Tristan"-Aufführung im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses. Auf Seite 8 veröffentlichen wir wiederum einen eigenen Drahtbericht.

Große Regierungsumbildung in Wien

Wien, 3. November.

Die bereits vor einigen Tagen angedeutete Möglichkeit einer Umbildung des Kabinetts noch vor den kommenden außenpolitischen Verhandlungen ist im Laufe des Dienstagabend in einen entscheidenden Abschnitt getreten.

Nach den letzten Informationen steht nunmehr fest, daß vier Minister aus der Regierung ausscheiden, und zwar der Vizekanzler Baar-Baarenfels, der Finanzminister Draxler, der Handelsminister Stockinger und der Justizminister Hammerstein-Equord.

Dafür treten in das Kabinett ein:

als Vizekanzler Feldmarschalleutnant Hülgerth, der vor kurzem zum Führer der Frontmiliz ernannt wurde. Hülgerth war bisher Landeshauptmann von Kärnten;

als Innenminister Glaise-Horstenau, der bisher Minister ohne Geschäftsbereich war;

als Sicherheitsminister Neustädter-Stürmer, dieser war seinerzeit Sozialminister und wurde später Gesandter in Budapest;

als Handelsminister der Grazer Universitätsprofessor Dr. Taucher;

als Finanzminister der bisherige Finanzreferent der Gemeinde Wien, Neumayer.

Als Justizminister wird wahrscheinlich der Rat des Obersten Gerichtshofes Pilz ernannt werden, doch steht diese Ernennung noch nicht fest.

Ferner wurde dem Sozialminister ein Staatssekretär für Arbeiterwesen in der Person des Leiters der Postgewerkschaft, Hans Rott, beigegeben.

Am Dienstagmorgen begann die Wahl des amerikanischen Präsidenten für die Jahre 1936 bis 1940. Zwei Hauptkandidaten standen sich gegenüber: der bisherige (demokratische) Präsident Roosevelt (links), an dessen Sieg im breiten Publikum nicht gezweifelt wird, und der republikanische Kandidat Landon

Aufn. Weltbild-GmbH.

England prüft

Einer der einflußreichsten politischen Schriftsteller Englands, der Herausgeber des „Observer", Garvin, hat in seiner letzten Sonntagsbetrachtung den bemerkenswerten Satz aufgestellt, daß die Zukunft der deutsch-englischen Beziehungen die Kernfrage der internationalen Politik sei und daß von ihrer Lösung Krieg oder Frieden abhängen. Er hat aus diesem Grunde verlangt, daß es die wichtigste Aufgabe der britischen Politik sein müsse, in den nächsten zwölf Monaten zu einer freundschaftlichen Verständigung mit Deutschland zu kommen. Hindernisse, um zu diesem Ziel zu gelangen, so hat Garvin weiter ausgeführt, gebe es im Grunde eigentlich nicht. England müsse nur Verständnis für die besondere Lage Deutschlands haben, das einerseits Rohstoffe benötige und anderseits politisch von den Sowjetpakten bedroht sei. Gerade die letztere Erkenntnis aus dem Munde eines hervorragenden britischen Politikers ist neu und deshalb bemerkenswert. Man hat in England bis zur Stunde kaum Verständnis für die deutsche Einstellung gegen den Bolschewismus gehabt. Auch Garvin war lange Zeit unter denen, die uns unsere sowjetgegnerische Haltung sogar zum Vorwurf machten und die in dem Irrtum befangen waren, Deutschland predige einen gewaltsamen Kreuzzug gegen die Sowjets.

Man hat sich diese Dinge allzulange Zeit in England viel zu leicht gemacht, weil man sie sich leicht machen wollte! Man wollte nicht begreifen, daß die sowjetfeindliche Einstellung Deutschlands kein kriegerisches Ziel gegen russisches Gebiet kennt, sondern daß sie lediglich darauf gerichtet ist, einen moralischen Damm der europäischen Völker gegen die Propaganda des weltrevolutionären Umsturzes zu schaffen, der das letzte Ziel der Dritten Internationale ist. Deshalb hat auch Lloyd George bei seiner Rückkehr aus Deutschland im September seinen Landsleuten so nachdrücklich zu verstehen gegeben, daß die Deutschen niemals mit ihrer neuen Armee über die Grenzen marschieren, daß sie lediglich die feste Absicht hätten, bis zum Tode jeden Widerstand gegen den zu leisten, der in ihr Land einfällt. Und er hat hinzugefügt, daß die Deutschen trotz ihres wirklichen Hasses gegen den Bolschewismus zu einem Einmarsch in Rußland ebensowenig bereit seien, wie zu einer militärischen Expedition nach dem Mond.

Diese Worte waren damals von großer Bedeutung, weil die uns feindlich gesinnte und von Frankreich unterstützte Propaganda nicht müde wurde, uns feindselige Absichten auf militärischem Gebiete gegen Sowjetrußland in die Schuhe zu schieben. Tatsächlich waren, man kann beinahe sagen, noch vor Tagen, die Stimmen in England, die die Gefahren der Sowjetpakte erkannt hatten, ganz vereinzelt. Es ist also ein bemerkenswertes Zeichen eines Stimmungswandels, wenn jetzt ein Politiker, der bisher ein scharfer Kritiker des neuen Deutschlands war, plötzlich seine Stimme zu unseren Gunsten erhebt und mit uns in dem Bündnis Frankreichs und der Tschechoslowakei mit Sowjetrußland und dem Kommunismus eine gefährliche Drohung sieht, die, wie er ausführt, die Lage für den Frieden tödlich gestalten kann, wenn England an diesem Vertragsinstrument in irgendeiner Form, und sei es auch nur moralisch, weiter teilhabe. Dieser Hinweis auf eine moralische Verantwortung der britischen Politik aus englischem Munde ist vor allem bemerkenswert. Denn in London weiß man sehr wohl, wieviel zu dem Bündnis Frankreichs mit Sowjetrußland die Tatsache beigetragen hat, daß England die Pariser Politik zu diesem verhängnisvollen Schritt geradezu ermuntert hatte. Man hat früher einmal in England ganz anders über den Bolschewismus gedacht. Das waren jene Zeiten, in denen die Veröffentlichung des Sinowjewbriefes, der die Verbindung der Arbeiterpartei mit dem Kommunismus dartun sollte, einen solchen Entrüstungssturm in der englischen Oeffentlichkeit erregte, daß dadurch die Wahlaussichten der Linken radikal zertrümmert wurden. Wie hat sich dagegen diese Einstellung in dem Augenblick geändert, als Sowjetrußland in den Völkerbund gerade in einer Zeit eintrat, in der Genf zum britischen Nationalheiligtum erklärt worden war. Nicht nur in Frankreich, auch in England glaubte man damals allen Ernstes an einen Gesinnungswechsel der Sowjets zur

Heute Gartenbeilage:

Garten, Blumenfenster und Kleintierzucht

Seite 9 und 10